

13. JAN.



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-38

Fernschreiber 0886890

P/XVII/6 - 8. Januar 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 4 Schwelle des neuen Zeitalters 214

Eine kritische Auseinandersetzung
Von Waldemar von Knoeringer

(Dieser Artikel erscheint in der
kommenden Ausgabe des "Vorwärts")

5 - 5a London - Bonn 60

Zum Arbeitstreffen Macmillan - Adenauer

6 - 7 Moderne Staats-Faushaltplanng 50

Belgien gibt ein Beispiel
Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

7 Alarmzeichen 22

Folge der Vernachlässigung von Gemeinschaftsaufgaben

* * *

* *

Schwelle des neuen Zeitalters

Eine kritische Auseinandersetzung

Von Waldemar von Knoeringen

"Schwelle eines neuen Zeitalters", diese Überschrift eines Neujahrsartikels des Verteidigungsministers F.J. Strauss, zweiseitig im "Rheinischen Merkur" abgedruckt, muss auch den politischen Gegner zu ernster Lektüre veranlassen. Schliesslich spricht hier der Mann, der in der Machtpolitik unserer Bundesrepublik ein entscheidendes Wort mitzureden hat und ausserdem ist er Vorsitzender der CSU.

Man möchte natürlich möglichst genau wissen, was sich ein solcher Mann über den Lauf der Dinge denkt.

Es muss zugegeben werden, dass dieser grundsätzliche Artikel der ernste Versuch eines Politikers ist, über die Tagespolitik hinaus Perspektiven der weltpolitischen Entwicklung zu sehen. Er selbst nennt ja seine Vorstellungen "eine mögliche Strategie der Freiheit und des Friedens". Die Verwirklichung dieser Strategie soll der freien Welt den Sieg in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus bringen. "Die Einheit Europas und das Verhältnis Europa-Amerika ist die Schlüssel- und Schicksalsfrage für die Erhaltung des Friedens und für das Überleben der Freiheit", sagt Strauss. Und man muss ihm recht geben. Eine Partnerschaft zwischen Europa und Amerika, die von der "Kooperation und Koordination zur Konföderation und von dort zur Föderation partieller Art geht", und "wenn die Lage es erfordert" als Ziel die "Atlantische Union" anstrebt.

F.J. Strauss führt auch die "uns gestellten Menschheitsaufgaben" auf, für deren Bewältigung diese europäisch-amerikanische Zusammenarbeit ein Mittel zum Zweck sein soll. Dieser Aufgabenkatalog enthält "insbesondere die Fragen der NATO-Strategie, der Kontrolle über die Atomwaffen, die Verfügungsgewalt über ihren Einsatz, die Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung, die Lenkung der Entwicklungshilfe, gewisse wirtschaftliche Funktionen für die Schaffung eines gemeinsamen Marktes, die Erschliessung und rationelle Verwertung des wissenschaftlich-technischen Potentials und nicht zuletzt die gemeinsame geistig-psychologische Verteidigung gegen den Kommunismus, die von der Erweckung eines atlantischen Bewusstseins bis zur systematischen Unterstützung der versklavten Völker reichen würde."

Am Schluss seines Artikels ruft der Minister aus: "Wir stehen in der vielleicht grössten Herausforderung, die je einer Generation auferlegt war. Wir müssen eine Antwort finden!"

Fragen an Strauss

Fragen wir nach der politischen Substanz der hier entwickelten Strategie, so können wir feststellen:

Übereinstimmung über die Grösse der Herausforderung und Übereinstimmung in der Konzeption der engen Partnerschaft eines vereinigten Europa mit der Weltmacht Amerika. Das ist eine Auffassung, die heute allen freiheitlichen politischen Kräften in Deutschland eigen ist. Die Sozialdemokratie hat ihr volles Mass an Energie und Leistung für den Erfolg dieser Politik beigetragen und wird es weiterhin für:

Minister Strauss fordert unter Betonung der Priorität des Militärischen die wirtschaftliche Integration aller Staaten, die sich in der NATO zusammengeschlossen haben. Was gemeint ist, wenn von "Verfügungsgewalt" über Atomwaffen gesprochen wird, hat uns der Minister oft genug wissen lassen; Nicht wissen lassen hat er bis heute konkrete Vorschläge über Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Weniger neu ist die Grundlage der gemeinsamen, geistig-psychologischen Verteidigung gegen den Kommunismus, die von der Erweckung des atlantischen Bewusstseins bis zur systematischen Unterstützung der versklavten Völker reicht.

Was das im einzelnen bedeuten soll, ist nicht klar zu erkennen. Beachtenswert ist, dass er von einem "atlantischen Bewusstsein" spricht; dass von einem demokratischen Bewusstsein der freien Völker dabei nicht die Rede ist, das doch die uns gemeinsame geistige Grundlage bietet. Hat F.J. Strauß dabei an Spanien, Portugal oder andere Entwicklungsmöglichkeiten gedacht?

Sind Asien und Afrika abgeschrieben?

Was aber bei der Beurteilung der Friedens- und Freiheitsstrategie des Ministers alarmierend ist, besteht nicht in dem, was er als ihren Inhalt beschreibt, sondern in dem, was er nicht erwähnt; entweder, weil er es bewusst ausschliessen will, oder weil es ihm bei einer bestimmten Form des Nachdenkens als untergeordnet erscheint.

Während im Bewusstsein der öffentlichen Meinung immer stärker der Gedanke Wurzeln fasst, dass in Afrika und Asien auch die Entscheidung über das Schicksal Europas fallen wird, hat Minister Strauß die jungen Staaten dieser Kontinente als demokratische Partner nicht besonders erwähnt. Sind sie als mögliche Partner abgeschrieben?

Eine Milliarde Menschen leben in dem Raum der Völker und Staaten, die sich noch nicht zwischen Ost und West entschieden haben. Wohin sie sich wenden, das ist auch eine Schicksalsfrage der demokratischen Welt. Abgeschrieben sind offensichtlich auch die Vereinten Nationen, die er in Zusammenhang mit der Utopie eines Weltstaates nennt und lediglich feststellt, dass sie sich in einer schweren Krise befinden. Besteht hier ein Zusammenhang mit den Äußerungen Dr. Gerstenmaiers, der vor einigen Tagen die UNO heftig kritisiert und abgewertet hat?

Die Vernachlässigung oder gar die Preisgabe der UNO wäre eine Preisgabe der Bemühungen, durch eine bewegliche, undogmatische dynamische Politik dem Kommunismus in Afrika und Asien entgegenzutreten.

Verzicht auf Partnerschaft mit Entwicklungsländern?

Liegt der angebotenen Konzeption des Verteidigungsministers tatsächlich diese Vernachlässigung der UNO zugunsten einer bloss westlichen Blockbildung zugrunde, so ist das der Verzicht auf der von Kennedy eingeschlagenen Weg der aufgeschlossenen Partnerschaft mit allen Neutralen und Entwicklungsländern, es ist der Verzicht auf alle Bemühungen, in einer vom Westen offensiv geführten nichtmilitärischen Auseinandersetzung die dem kommunistischen System immanenten Schwächen aufzudecken, zu verstärken und in eine dynamische Weltpolitik überzugehen.

Der Bereich der freien Welt wird - so muss es erscheinen - durch die Strauss'sche Strategie freiwillig reduziert auf eine Partnerschaft des amputierten Abendlandes mit Nordamerika. Wäre das nicht

ein Rückzug in die ausschliesslich militärisch-wirtschaftlich gesicherte Bastion der Atlantischen Union und ein Verzicht auf die moralischen offensiven Kräfte, die bis heute den europäischen Geist ausgezeichnet haben?

Wenige Tage vor seinem Tod hat UNO-Generalsekretär Dag Hammarskjöld dargelegt, warum die UNO bleiben muss. In einem in der "Weltwoche" veröffentlichten Artikel hat er u.a. festgestellt: "Das Problem unserer Zeit mit ihren unendlichen Möglichkeiten der Selbstzerstörung besteht darin, aus einer Welt der Waffen in eine Welt der internationalen, auf Gesetzen beruhenden Sicherheit zu gelangen ... Es ist leicht zu sagen, es sei zwecklos, ein Gesetz zu erlassen, wenn die nötige Achtung ihm nicht verschafft werden kann. Trotzdem: diese Kritik zu üben heisst vergessen, dass es Verrat an der Zukunft wäre, ein Gesetz, welches die unausweichliche Notwendigkeit der Zukunft ist, nicht aufzustellen, nur weil wir gerade Schwierigkeiten haben ... So gut die Vereinten Nationen den Frieden fördern können, so gut können sie in gemeinsamen Beratungen die Ziele der Menschenrechte definieren, welche die zukünftigen Gesetze jeder Nation bestimmen sollten. Wie gross auch immer die Entfernung von der Wirklichkeit sein mag - es ist nicht verlorene Mühe, die Ziele so zu setzen, wie sie der reifsten politischen Denkkern unserer Zeit vor-schweben."

Die Idee der Menschenrechte

In Hammarskjölds Worten dokumentiert sich jener Geist Europas, der allein der unter den Fieberschauern der Revolutionen und revolutionären gesellschaftlichen Umwälzungen zur Einheit drängenden Welt eine Hoffnung sein kann. Soll diese Idee der Menschenrechte, die immer noch durch die UNO für den grössten Teil der Menschheit verkörpert wird, durch die Preisgabe der UNO in ihrer Ausstrahlungskraft eingeschränkt werden? Wegen Goa? Wegen der Vorgänge im Kongo? Dann hätte man die UNO niemals gründen dürfen. Dann wären alle im Dienste der UNO in Korea, in Israel, im Kongo Gefallenen einer sinnlosen Tod gestorben. Was aber bei der Betrachtung der strategischen Konzeption des Ministers Strauss bedenkl.ich stimmen muss, das ist das völlige Fehlen der kultur- und sozialpolitischen Aspekte in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Er spricht zwar von dem Einbruch der Technik in die Politik und von den kosmischen Energien, die in menschliche Härde gegeben sind, er spricht von dem Phänomen des mit den modernsten Vernichtungsmitteln ausgerüsteten Kommunismus. Aber er sagt nichts über jenes Schlachtfeld, auf dem - bei aller Wertung des ökonomischen und militärischen Machtpotentials beider Blöcke - die letzte, die nichtmilitärische Entscheidung fallen wird: die geistig-moralische, die freiheitlich-kulturelle Macht, die sich in den gesellschaftlichen Ordnungen der Völker ausdrückt und die in der demokratischen Welt die Bildungsgesellschaft voraussetzt.

In einseitigen Denkkategorien beranger:

Die Erziehung ist ein entscheidendes Machtmittel in der kommunistischen Strategie. Sie kann aber nicht zur freiheitlichen Ordnung erzischen, ohne sich selbst aufzugeben. Die demokratische Welt kann das. In seiner Botschaft über das Erziehungswesen sagte Kennedy, "Unser Fortschritt als Nation kann nicht schneller sein als unser Fortschritt auf dem Gebiete der Erziehung." Wer nur einseitig in ökonomischen, militärischen und bündnispolitischen Kategorien denkt, der wird das Ziel verfehlen. Die Bildung der Völker zur Demokratie, die Weckung des mitverantwortlichen Bewusstseins hat eben nicht nur einen innenpolitischen Aspekt, sie ist heute ein Element der Weltstrategie.

Und wenn eine europäisch-amerikanische Gemeinschaft in der langen Periode des Ringens - hier sind wir mit dem Minister einer Meinung -, die uns der Weltkommunismus aufzwingt, überlegen sein will, so wird sie es nur sein, wenn sie eine dem Kommunismus überlegene gesellschaftliche Ordnung darbieten kann, eine Ordnung, die den Menschen und seinem Streben nach Glück gerecht zu werden versucht.

Der Historiker und Soziologe Hans Freyer sagt: "Die neuere Geschichtsphilosophie ist nahezu einhellig zu der Überzeugung gelangt, dass der Übergang zur industriellen Lebensform eine der ganz grossen Kulturschwellen in der Geschichte der Menschheit bezeichnet, an Grössenordnung nur vergleichbar mit dem Übergang des Menschen vom schweifenden Dasein zur Sesshaftigkeit."

Die Welt wird zunehmend unteilbar

Die Schwelle des neuen Zeitalters kann nur im Weltmaßstab begriffen werden. Die Industriegesellschaft ist allen Völkern, ist der ganzen Menschheit aufgegeben. Die Welt wird zunehmend unteilbar, das stellt auch Minister Strauss fest. Bündnissysteme, wie immer notwendig sie sind, werden ihren Sinn nur haben, wenn sie in Rahmen der grossen Völkergemeinschaft wirken. In diesem Sinne kann heute bereits innerhalb der demokratischen Welt gewirkt werden, d.h. das gesellschaftliche System der einzelnen Länder soll den grossen Perspektiven angepasst sein.

Die soziale Demokratie ist nach unseren Vorstellungen die einzige Ordnung, die der Freiheit des Menschen in einer vollentwickelten technischen Produktionsgesellschaft den grössten Raum verleiht und sie wird damit dem Kommunismus überlegen sein.

Die Verwirklichung der sozialen Demokratie im Geiste des Grundgesetzes, aber konsequent und mit ehrlichem Willen, das wird sich im langen Ringen als eine unserer stärksten Waffen erweisen. Sie kann mit konservativen Wertmassen nicht mehr erfasst werden und kommt nicht von allein: wir müssen sie wollen! Das ist die Schwelle, die wir zu überschreiten haben.

"Wer das Ziel nicht kennt, kann den Weg nicht finden", schreibt Minister Strauss. Wer den von Strauss vorgeschlagenen Weg betrachtet, fragt nach dem Ziel dieses Kampfes. Wir bedauern es, dass in der Konzeption des CSU-Vorsitzenden alles fehlt, was die auch bei uns notwendigen Bedingungen nach mehr freiheitlicher, vor allem nach einer gerechteren Ordnung, sichtbar machen könnte. "Psychologische Verteidigung", das ist es, was als Ersatz für die in den Kommunismus hineinstrahlenden und ihr zersetzenden demokratischen Ideen angeboten wird; damit will man sich über die bei uns in manchen Bereichen der Gesellschaft fälligen Neuordnungen hinwegsetzen.

Untastbare Prinzipien

Die deutsche Sozialdemokratie betrachtet nach wie vor Freiheit und Gerechtigkeit als dynamisch aufzufassende Prinzipien und als unabdingbare Bestandteile einer freiheitlich-demokratischen Ordnung, und sie wird in ihrer Politik bei aller Bejahung der Landesverteidigung davon ausgehen, dass für die Verwirklichung dieser Prinzipien nicht die militärischen, sondern die diesen Prinzipien adäquaten Mittel den Vorzug haben, auch dass für die Verwirklichung dieser Prinzipien überall eingetreten werden muss: bei uns selbst und in der Gemeinschaft aller Völker - ob es sich dabei um unsere Verbündeten, um die Neutralen oder die totalitären Staaten des Ostens oder des Westens handelt. Die von Minister Strauss vorgeschlagene politische Konzeption, wie wir sie verstehen müssen, wird der Idee der Menschenrechte keine Weltgeltung verschaffen. Eine auf diese Strategie bauende Politik wäre trügerisch wie dünnes Eis.

Zu hoffen bleibt, dass W.J. Strauss uns in wesentlichen Fragen doch zustimmt, wenn es leider auch in seinem Grundsatzaufsatz im Unklaren bleibt. Wir wollen nicht polemisieren, sondern wir wollen klären und überzeugen. Das ist der Sinn unserer Betrachtung. + + +

London - Bonn

Zum Arbeitstreffen Macmillan - Adenauer

sp - Auf den Beziehungen zwischen Grossbritannien und der Bundesrepublik Deutschland haben in den vergangenen Jahren manche Schatten gelegen, ist zwischen den beiden Ländern manches Missverständnis entstanden. Bei der nur an Paris und Washington sich orientierenden Blickrichtung Bonns lag London nicht nur geographisch an der Peripherie, sondern auch politisch. Es fehlte an nötigen Verständnis für die besondere Insellage Grossbritanniens und der Rolle, die London immer noch als Mittelpunkt eines wenn auch sich immer mehr auflockern-der Commonwealth spielt. Manch britischer Schritt wurde in Bonn mit Argwohn betrachtet; so galten die im Jahre 1959 unternommenen Sondierungsversuche des britischen Premierministers Macmillan in Moskau als ein kleiner Sündenfall, den man lange nicht vergiess.

Das alles gehört nun der Vergangenheit an. Dafür hat Chruschtschow durch seine enthüllende Aggressivität in der Berlin- und Deutschlandfrage gesorgt. Er brachte Briten und Deutsche, die sich in zwei Weltkriegen als Gegner gegenüberstanden, näher zusammen und schuf damit die Basis für eine Zusammenarbeit, die zwar nicht frei von Fraktionen ist, aber unter dem Leitmotiv der Festigung des noch freien Teils Europas eine zukunftsweisende Bedeutung erhalten hat. Ein Europa ohne die aktive Mitwirkung Grossbritanniens ist nicht mehr denkbar. Als London im vergangenen Jahr seine Bereitschaft erklärte, als assoziiertes Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beizutreten, begann ein wahrhaft erregendes neues Kapitel der europäischen Nachkriegsgeschichte, wurde der Schlusspunkt unter eine jahrhundertalte Epoche gezogen. Gewiss, noch sind unendliche Schwierigkeiten zu überwinden, gilt es viele Hindernisse politischer, wirtschaftlicher und psychologischer Natur aus dem Weg zu räumen, wird es vieler Konferenzen und Verhandlungen bedürfen, um Grossbritannien in das werdende Europa so einzubauen, dass es sich aus solcher Gemeinschaft nicht mehr lösen kann. Man wird dabei behutsam vorgehen müssen, mit viel Takt und gegenseitigen Verständnis; aber die Weichen sind gestellt, das Startsignal ist gegeben.

An Gesprächsstoffen wird es den beiden Staatsmännern bei ihren Beratungen nicht fehlen. War es nicht mehr als ein Zufall, dass der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow ausgerechnet wenige Tage vor dieser Begegnung seine Bombe eines Sonderangebotes an die Bundesrepublik platzen liess, ein Angebot für den durchsichtigen Zweck bestimmt, einen Keil des Misstrauens zwischen die Bundesrepublik und ihre Verbündeten zu treiben? Die Sowjetunion spielt mit der Wiederbelebung des Rapallogedankens als Waffe in ihrem auf lange Sicht angelegten Bestrebungen, die Bundesrepublik von ihren Verbündeten zu trennen. Rapallo - darüber streiten die Historiker - mag vielleicht einmal eine geschichtliche, nur aus den damaligen Bedingungen ableitende Rechtfertigung gehabt haben, heute aber wäre ein Alleingang für die Bundesrepublik tödlich. Kein demokratischer Politiker denkt zum Glück daran, Chruschtschows Spekulationen in dieser Richtung werden in nichts zerfliessen.

Der britische Premierminister, begleitet von seinem Aussenminister, Lord Home, wird wohl in seinen Gesprächen mit den deutschen Partnern auch die Vorstellungen zur Lösung der von Moskau willkürlich ausgelösten Berlinkrise entwickeln. Niemand weiss, ob der Fühlungsnahme des amerikanischen Botschafters Thompson in Moskau Verhandlungen folgen werden. Hier tappt die Welt in dunklen. Adenauer hat zwar seine Zustimmung zu diesen vorstehenden Moskauer Gesprächen gegeben, aber inwieweit er selbst gewillt ist, in diese Verhandlungen, sofern sie kommen sollten, deutsche Impulse einfliessen zu lassen, bleibt im Ungewissen. Es wäre der Zukunft nicht förderlich, würde Macmillan gerade auf diesem Gebiet ohne zu verwertende Anregungen und Anstösse von deutscher Seite nach London zurückkehren.

+ + +

Moderne Staats-Haushaltsplanung

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

In der Bundesrepublik wird seit vielen Jahren über Gesamthaushalt und mehrjährige Haushaltsplanung diskutiert, ohne dass bisher ein ernsthafter Versuch einer solchen Haushaltspolitik gemacht worden ist. Während bei uns darüber diskutiert wird, haben die anderen gehandelt. So z.B. Belgien. Dort wurde schon im Jahre 1958 das Bureau de Programmation Economique eingesetzt, um ein Nationalbudget vorzubereiten. Jetzt wurde diese Institution von der belgischen Regierung beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Inspection des Finances Haushaltsentwürfe für mehrere aufeinanderfolgende Rechnungsjahre aufzustellen. Mit dieser Mehrjahresplanung will die belgische Regierung ihre Haushaltspolitik mit der Wirtschaftspolitik besser koordinieren. Die belgische Regierung ist mit Recht der Ansicht, dass es nicht nur auf eine Kürzung der Ausgaben ankommt, sondern dass eine sinnvolle Verwendung der Staatsmittel mit größtmöglicher Nutzeffekt noch wesentlicher ist. Als Kernstück ihrer Haushaltspolitik bezeichnet sie das Maßhalten, Vorausplanen und richtige Auswählen der Objekte.

Man wird hier einwenden können, dass die als beispielhaft hingestellte belgische Regelung zunächst auch nicht mehr ist als "Goldene Worte". Das tatsächliche Ergebnis und die Auswirkungen bleiben abzuwarten. Immerhin hat die belgische Regierung den ersten entscheidenden Schritt getan. Das Resultat ist nur noch eine Zeitfrage. An den erarbeiteten Vorschlägen wird niemand vorbeigehen können. Man wird sich mit ihnen so oder so auseinandersetzen müssen. Das hat uns Belgien voraus.

Wir in der Bundesrepublik sind noch lange nicht so weit. Die SPD hat seit langem eine mehrjährige Haushaltsplanung gefordert und damit in Bundestag auch bei den anderen Parteien ein positives Echo gefunden. Selbst die Bundesregierung hat gelegentlich die Notwendigkeit einer langfristigen Haushaltsplanung bejaht. Geschehen ist aber nichts. Jetzt, nachdem wir gerade eine neue Regierungsperiode begonnen haben, wäre es ein besonders geeigneter Zeitpunkt, dieses Vorhaben zu verwirklichen. Die Vorausplanung muss aber nicht auf den Vierjahres-Rhythmus beschränkt werden, sondern der Planungszeitraum sollte möglicherweise nach dem rollierenden System von Jahr zu Jahr ergänzt werden.

Dieses für die gesamte öffentliche Verwaltung angewandte Verfahren böte auch ein wesentliches Hilfsmittel für die Beurteilung des Investitionsbedarfes der öffentlichen Hand und gäbe bessere Möglichkeiten einer Steuerung der Konjunktur über den Haushalt. Eine langfristige Haushaltsplanung würde auch die Aufstellung und vor allem die Haushaltsberatungen selbst dann wesentlich erleichtern, wenn die Jährlichkeit des Haushalts nicht aufgegeben würde.

Bei der Vielzahl der augenscheinlichen Vorteile mißt es Wunder, warum die Bundesregierung nicht schon längst an die Verwirklichung eines solchen Planes gegangen ist. An geeigneten Fachkräften dürfte es dem Bund nicht mangeln. Diese müßten nicht ausschliesslich der Verwaltung angehören, im Gegenteil, ein gemischter Arbeitsstab könnte unter Umständen noch erfolgreicher tätig sein. Nützig ist der berühmte erste Schritt. Wenn die Bundesregierung ihn nicht macht, wäre es denkbar, dass sie durch den Bundestag dazu veranlasst wird.

+ + +
Alarmzeichen

Bdt. - Von neuem erschreckt die deutsche Öffentlichkeit ein typischer Fall der Vernachlässigung von Gemeinschaftsaufgaben. Eine Krankenstation der chirurgischen Klinik auf dem Bonner Venusberg musste - schon vor mehr als drei Monaten - wegen Schwestern- und Personalmangels geschlossen werden. Jetzt hat der Direktor dieser Klinik, Dr. Gütemann, erklärt, dass wohl in Kürze noch weitere Stationen ihre Arbeit aufgeben müssten. In den Kliniken arbeiteten schon lange höchstens 40 Vollschwestern anstatt der vorgesehenen 70. Jedes Jahr scheiden 10 dieser Schwestern aus und müssten durch andere ersetzt werden. Die in Bonn ist nicht die erste Krankenstation, die wegen Schwesternmangels geschlossen werden muss. Kürzlich schlossen im Allgäu zwei Krankenhäuser aus ähnlichen Gründen. Man erinnert sich auch noch an die Grippeepidemie in München, während der die überfüllten Münchener Krankenhäuser nicht mehr aufnahmefähig waren. Hier besteht also ein offener Notstand, der sich umso schlimmer auswirken muss, wenn sich Unglücksfälle in grösserer Zahl oder Massenzoonosen ereignen. Die Pockenkrankungen in Düsseldorf zeigen uns eindringlich, welchen - bisher noch überhaupt nicht berücksichtigten - Gefahren wir im Zeitalter des steigenden Weltreiseverkehrs ausgesetzt sind. Die Sozialdemokratie hat in ihrem Regierungsprogramm die Modernisierung aller Massnahmen zur Gesunderhaltung des Volkes vorgesehen: Der Staat muss der Gesundheit seiner Bürger dienen.

- + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler